

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	10.10.2011

Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates sowie der Entwicklung des Haushaltes 2011

1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates
2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2011

Zu 1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates

Auf der Basis des per 01.09.2011 ermittelten Sachstandes der einzelnen Maßnahmen wurden für 2011 die folgenden prognostizierten Jahreswerte ermittelt, die in den Diagrammen 1 bis 3 im Soll/Istvergleich aufgeteilt nach Produktbereichen dargestellt sind:

Aufwandsreduzierung Personalaufwand

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
11,00 Mio. Euro	11,00 Mio. Euro	0 Euro

Die für das Hj. 2011 aufgrund einer Neukalkulation ermittelte Reduzierung des Personalaufwandes wurde in die Hpl.-Ansätze eingearbeitet und hat somit bereits zu einer Reduzierung der Haushaltsbelastung in 2011 geführt. Bezüglich der aktuellen Entwicklung der Personalaufwendungen wird auf die unter Ziffer 2. enthaltenen Ausführungen verwiesen.

Aufwandsreduzierung Sachaufwand (Diagramm 1)

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
20,19 Mio. Euro	16,83 Mio. Euro	3,36 Mio. Euro

Die aktuell prognostizierte Unterschreitung wird im Wesentlichen verursacht durch die bisherige Nichtumsetzung folgender Maßnahmen:

Aufgabe 57.27, Einsparvorschlag Nr. 1 2,93 Mio. Euro

Vorgesehen war die Einführung von Winterdienstgebühren ab dem Hj. 2011 mit einem Gesamtaufkommen von rd. 2,93 Mio. Euro. Der Rat hat in seiner Sitzung vom 14.12.2010 die Einführung in der vorgelegten Fassung abgelehnt und die Verwaltung beauftragt, eine alternative Deckung vorzuschlagen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen. Der

Hauptausschuss hat den Verwaltungsvorschlag zur Einführung einer Winterdienstgebühr in seiner Sitzung am 12.09.2011 beraten, die Beschlussfassung über die Finanzierungsfrage jedoch abgekoppelt und dem AVR zur Entscheidung übertragen. Dieser hat jedoch in seiner Sitzung am 19.09.2011 ebenfalls keine Entscheidung zur Finanzierung getroffen. Hierüber soll nun im Rahmen der Hpl.-Beratungen 2012 entschieden werden.

Aufgabe VII/4.1, Einsparvorschlag Nr. 6 300.000 Euro

Durch Übernahme von Bewachungsleistungen in Eigenregie durch studentische Hilfskräfte war eine Einsparung von 300.000 Euro vorgesehen. Solche Modelle finden zurzeit Anwendung im Kölnischen Stadtmuseum und im Museum Ludwig. Im Kölnischen Stadtmuseum konnte eine Verbesserung des Besucherservices bei mindestens neutralen Kosten erreicht werden, allerdings zeigt der Kostenverlauf im Museum Ludwig eine negative Tendenz. Die Überprüfung des Modells wird noch im Oktober dieses Jahres erfolgen. Angesichts dieser negativen Tendenz ist die Umstellung der Bewachung in den anderen Museen zunächst nicht mehr vorgesehen. Stattdessen wird zurzeit die Neuausschreibung der externen Bewachungsleistung vorbereitet. Es wird damit gerechnet, dass die Marktpreise unter dem derzeitigen Kostenbild, mindestens jedoch unter den Kosten für die studentische Bewachung liegen werden. Wegen der besonderen Komplexität der Ausschreibung wird sich die Fertigstellung und Durchführung auf das letzte Quartal dieses Jahres verzögern. Somit kann die vorgesehene Einsparung in 2011 nicht realisiert werden.

Ertragssteigerung (Diagramm 2)

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
16,14 Mio. Euro	14,57 Mio. Euro	1,57 Mio. Euro

Auch hier entfällt der größte Anteil der Abweichung auf die bisherige Nichtumsetzung einer einzelnen Maßnahme:

Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 6 3,20 Mio. Euro

Vorgesehen war der Verzicht auf die Beitragsfreiheit ab dem dritten Kindergartenjahr. Vor dem Hintergrund der Überlegungen auf Landesebene wurde die Einbringung einer Vorlage für eine Kölner Regelung zunächst zurückgestellt, die vorgesehene Ertragssteigerung in Höhe von jährlich 3,2 Mio. Euro als nicht umgesetzt eingestuft.

Der Landtag hat inzwischen im Zusammenhang mit dem 1. KiBiz-Änderungsgesetz die Elternbeitragsfreiheit im letzten Jahr des Kindergartenbesuchs vor dem Schuleintritt eingeführt. Zur Erfüllung des Konnexitätsausführungsgesetzes hat das Land zunächst eine Verordnung erarbeitet, aufgrund der es möglich ist, Abschlagszahlungen auf den Belastungsausgleich vorzunehmen.

Nach Mitteilung der Fachverwaltung wird der auf Köln entfallende Betrag für 2011 in Höhe von rd. 4,0 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Wenigererträge bei den Elternbeiträgen in Höhe von 1,42 Mio. Euro somit insgesamt 2,58 Mio. Euro betragen. Die für 2011 vorgesehene Ertragssteigerung wird somit um 620.000 Euro unterschritten, ab 2012 ist von einer Überschreitung auszugehen.

Stellenabbau (Diagramm 3)

Der aus diversen Maßnahmen resultierende Stellenabbau umfasst in 2011 insgesamt 177 Stellen mit einem Gesamtaufwandsvolumen in Höhe von 8,66 Mio. Euro. Zum Stand 01.09.2011 konnten 138 – weitgehend unbesetzte – Stellen abgesetzt werden, 25 Stellen

wurden mit einem kw-Vermerk versehen. Bei den restlichen 14 Stellen konnte mit Blick auf personalwirtschaftliche Umsetzungsmaßnahmen noch keine Absetzung erfolgen.

Zu 2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2011

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Bewirtschaftung zum Stand 16.09.2011 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende.

Bezüglich des **Gewerbesteueraufkommens** ist festzustellen, dass zum Stand 05.10.2011 ein Anordnungssoll von rd. 927,8 Mio. Euro erreicht wurde. Damit sind zum Stichtag bereits 91,5 % des Haushaltsplanansatzes von 1.014,4 Mio. Euro realisiert. Von diesem Betrag entfallen rd. 687,8 Mio. Euro auf Vorauszahlungen und rd. 240,0 Mio. Euro auf Nachforderungen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO

Das aktuelle Anordnungssoll der Zinsen nach §233a AO beträgt 18,3 Mio. Euro und liegt damit unter dem Hpl.-Ansatz von 23,0 Mio. Euro.

Die Entwicklung dieser Ertragsart steht im direkten Zusammenhang mit den Gewerbesteuerfestsetzungen älterer Zeiträume und ist abhängig davon, ob Nachforderungs- oder Erstattungszinsen anfallen. Daher kann derzeit keine sichere Prognose zum Jahresergebnis abgegeben werden.

Veränderung derzeit nicht bezifferbar

Gewerbesteuerumlagen

Die Gewerbesteuerumlagen werden nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen bei der Gewerbesteuer erhoben. Unabhängig hiervon ergibt sich eine Verbesserung aufgrund der Absenkung des Berechnungsfaktors um einen Punkt. Bezogen auf die aktuell veranschlagte Gewerbesteuer und die entsprechend berechneten Gewerbesteuerumlagen bedeutet dies eine Verbesserung um rd. 3,2 Mio. Euro.

Wenigeraufwand: ca. 3,2 Mio.

Grundsteuer

Die Prognose zur Jahresveranlagung für die Grundsteuer B beträgt 209,9 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsplanansatz von 210,8 Mio. Euro ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von 0,9 Mio. Euro.

Wenigererträge: ca. 0,9 Mio. Euro

Kompensation (Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil)

Auf Basis des nunmehr vorliegenden Festsetzungsbescheides beträgt die Kompensationsleistung 40,4 Mio. Euro. Im Vergleich zum Haushaltsplanansatz ergibt sich eine Verbesse-

rung um 5,0 Mio. Euro. Hieraus wurden bereits Deckungen für Mehraufwendungen in Höhe von ca. 4,4 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Mehrerträge: ca. 0,6 Mio. Euro

Kulturförderabgabe

Gegen das erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts Köln in Sachen Kulturförderabgabe hat der Kläger Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Münster eingelegt, womit dieses nicht rechtskräftig ist. Es wird zudem davon ausgegangen, dass wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache auch später die Revision zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zugelassen sein wird. Somit wird letztlich der Gang durch die Instanzen vollends ausgeschöpft werden.

Der im Haushaltsplan für das Jahr 2011 veranschlagte Betrag von 7,0 Mio. Euro wird nicht erreicht. In welcher Höhe tatsächlich Erträge erzielt werden, bleibt abzuwarten.

Veränderung derzeit nicht bezifferbar

Schlüsselzuweisungen

Auf Basis des zwischenzeitlich vorliegenden Bewilligungsbescheides ergeben sich gegenüber den veranschlagten Schlüsselzuweisungen Mehrerträge von 65,4 Mio. Euro. Bezüglich des zugrunde liegenden Sachverhaltes wird auf die Mitteilung zur Sitzung des Finanzausschusses am 23.05.2011 verwiesen (TOP 2.15, Vorlagen-Nr. 2050/2011).

Von den vg. Mehrerträgen wurden bereits 11,2 Mio. Euro zur Deckung von Mehraufwendungen herangezogen.

Mehrerträge: 54,2 Mio. Euro

Landschaftsumlage

Auf Basis der zwischenzeitlich feststehenden Umlangengrundlagen sowie des von der Landschaftsversammlung beschlossenen Umlagesatzes von 17 % ergibt sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan für das Jahr 2011 ein Mehraufwand von 30,6 Mio. Euro.

Hiervon entfallen rd. 15,0 Mio. Euro auf die Erhöhung des Umlagesatzes. Die weiteren 15,6 Mio. Euro resultieren aus der Tatsache, dass sich das Steueraufkommen in der maßgeblichen Referenzperiode besser entwickelt hat als noch bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für die Jahre 2010/2011 erwartet.

Demgegenüber stehen rd. 2,6 Mio. Euro anteilige Rückzahlung der Landschaftsumlage für das Haushaltsjahr 2007 durch den LVR, die als Deckung für den vg. Mehraufwand herangezogen werden können.

Mehraufwand: rd. 28,0 Mio. Euro

Personalaufwand

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personal- und Versorgungsaufwendungen voraussichtlich mit einer Verschlechterung in Höhe von ca. 19,0 Mio. Euro abschließen. Die Verschlechterung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Zuführung zu den Rückstellungen deutlich höher ausfallen wird als ursprünglich angenommen. In der Prognose ist bereits die Besoldungserhöhung der Beamten enthalten.

Verschlechterung: rd. 19,0 Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich wird insgesamt eine saldierte Verbesserung von rd. 9,0 Mio. Euro gegenüber der Planung prognostiziert. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Bei den Erträgen werden folgende Veränderungen erwartet:

- Die Erstattung des LVR zur „Hilfe zur Gesundheit“ wird um ca. 0,8 Mio. Euro höher ausfallen als geplant.

- Mehrerträge in Höhe von 8,0 Mio. Euro sind aufgrund der Erhöhung des prozentualen Bundesanteils bei den „Kosten der Unterkunft“ zu erwarten. Diese Mehrerträge sind unabhängig von der Umsetzung des „Bildungspakets“.
- Bei der summarischen Abrechnung der stationären Hilfe zur Pflege zeichnen sich Wenigererträge von rd. 1,5 Mio. Euro ab.
- Durch weitgehende Abarbeitung von Altfällen aus der Unterhaltsheranziehung und zentraler Rückabwicklung ergeben sich Mindererträge in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro, da diese Erträge vergangenen Perioden zugerechnet werden müssen.

Per Saldo ergeben sich Mehrerträge in Höhe von rd. 5,8 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen werden folgende wesentlichen Veränderungen erwartet:

- Bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ sind die Aufwendungen weiterhin angestiegen. Ursache hierfür sind einerseits die rückwirkende Regelsatzanhebung zum 01.01.2011, andererseits auch die Änderung im SGB XII, nach der, ebenfalls rückwirkend zum 01.01.2011, die Kosten der Warmwasseraufbereitung in die Kosten der Unterkunft aufzunehmen sind. Hierdurch haben sich die bisher erwarteten Wenigeraufwendungen erheblich reduziert. Es wird nunmehr lediglich eine Verbesserung von rd. 0,7 Mio. Euro erwartet.
- Aufgrund des deutlichen Anstiegs der Fallzahlen bei den Leistungen der Grundsicherung im Alter sowie der Regelsatzsteigerung und den zusätzlichen Kosten der Warmwasseraufbereitung, analog den Anpassungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, wird ein Mehraufwand von rd. 6,6 Mio. Euro erwartet.
- Mit einem Mehraufwand in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro wird aufgrund der Erhöhung des Anteils am Kommunalen Finanzierungsausgleich (KFA) an den Verwaltungskosten der ARGE gerechnet.
- Aufgrund geringerer Fallzahlen bei den Aufwendungen bei den „Kosten der Unterkunft“ werden Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 9,4 Mio. Euro prognostiziert.
- Auch bei den Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewirken – wie bereits im Haushaltsjahr 2010 – geringere Fallzahlen Einsparungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro.
- Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro werden bei den Leistungen „Hilfe zur Pflege“ durch den Übergang der Kostenträgerschaft für Fälle mit persönlicher Assistenz an den LVR erwartet. Diesen Wenigeraufwendungen stehen Mehraufwendungen in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro bei der stationären Pflege durch stetige Zunahme der Kosten angesichts der demografischen Entwicklung gegenüber.
- Darüber hinaus ist der Ansatz für die „Hilfen bei Wohnproblemen“ nicht auskömmlich und wird voraussichtlich um rd. 0,8 Mio. Euro überschritten.

Per Saldo ergeben sich Wenigeraufwendungen in Höhe von 3,2 Mio. Euro.

saldierte Verbesserung: rd. 9,0 Mio. Euro

Im Zuge der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe zum 01.01.2011 wurden in 2011 insgesamt 15,0 Mio. Euro außerplanmäßig bereitgestellt. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten werden die Leistungen nunmehr verstärkt in Anspruch genommen. Die Verwaltung kann jedoch nicht ausschließen, dass die bereitgestellten Mittel nicht vollständig abfließen. Eine konkrete Aussage hierzu kann aber erst zum Jahresende getroffen werden.

Schule und Bildung

Der Bereich prognostiziert insgesamt eine Verschlechterung von 17,2 Mio. Euro, die sich wie folgt ermitteln:

- Mehrerträge in Höhe von 3,4 Mio. Euro sind zum einem aufgrund der Erhöhung der Fördersätze für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen

zu erwarten. Zum anderen bewirkt die Ausweitung des OGTS-Platzangebotes auf 22.000 Plätze Mehrerträge bei der beantragten Landesförderung sowie Mehrerträge durch erhöhte Fördersätze des Landes.

- Durch die Rücknahme der Pauschalkürzungen auf den freiwilligen Förderanteil, die der Rat im Rahmen des bedarfsgerechten Ausbaus der OGTS auf 20.800 Plätze beschlossen hat, ist mit Mehraufwendungen in Höhe von 3,5 Mio. Euro zu rechnen.
- Mehraufwendungen in Höhe von rd. 17,1 Mio. Euro sind auf nachträgliche Mietanpassungen zurückzuführen, die zum Zeitpunkt der Anmeldung für den HPL 2010/2011 noch nicht feststanden.

Verschlechterung: rd. 17,2 Mio. Euro

Kinder und Jugend, Kinderheime

In der Wirtschaftlichen Erziehungshilfe zeichnet sich derzeit eine saldierte Haushaltsmehrbelastung von rd. 11,7 Mio. Euro ab. Mehraufwendungen von 14,3 Mio. Euro stehen korrespondieren Mehrerträge von 2,6 Mio. Euro gegenüber.

Die erwarteten Mehraufwendungen sind insbesondere in erheblichen Fallzahlsteigerungen begründet, deren Trend in der letzten Meldung Ende Juni in dieser Dramatik noch nicht absehbar war, sich aber in den letzten drei Monaten verstetigt hat.

Bei den Planungen für den Haushalt 2011 wurde von einer durchschnittlichen Fallzahlsteigerung von 2 % ausgegangen, tatsächlich sind die in 2010 schon höheren Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr noch einmal erheblich stärker gestiegen, als zunächst angenommen. Bei den stationären Hilfen beträgt der Anstieg seit Anfang des Jahres 239 Fälle, bis Ende des Jahres wird eine weitere Steigerung um 120 Fälle erwartet. Dies bedeutet im stationären Bereich einen Fallzahlenanstieg in 2011 um ca. 11,9 %.

Die ambulant Hilfen haben eine Fallzahlsteigerung von 225 Fällen erfahren. Bis Ende des Jahres wird ein Anstieg um insgesamt 338 Fälle erwartet. Dies bedeutet im ambulanten Bereich einen Fallanstieg in 2011 um ca. 11,2 %.

Die Kostenerstattungsfälle (Zahlungen an den LVR bzw. andere Jugendhilfeträger) sind innerhalb der letzten Monate um 40 Fälle angestiegen. Bis Ende des Jahres ist mit einem Anstieg um insgesamt 60 Fälle zu rechnen. Dies bedeutet in diesem Bereich einen Fallzahlenanstieg um 15,3 %. Diese Hilfefälle sind sowohl hinsichtlich ihrer Entstehung wie auch hinsichtlich der entstehenden Aufwendungen nicht durch die Stadt Köln steuerbar.

Im gesamten Bundesgebiet ist ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen und Jugendhilfekosten zu verzeichnen. Die Stadt Köln mit dem größten Jugendamt in NRW bildet hier keine Ausnahme.

Im Großstadtvergleich liegt die Stadt Köln allerdings hinsichtlich der Leistungsdichte noch immer unter dem Durchschnitt aller beteiligten Großstädte (Laufende Hilfen: Mittelwert: 40,49 Hilfen pro 1.000 Jugendeinwohner / Stadt Köln 29,89 Hilfen).

Hinzu kommen die unterjährigen tariflichen Steigerungen im Trägerbereich, die über den im Doppelhaushalt 2010/2011 geplanten Anstieg hinaus gehen.

Im Bereich der Kindertagesbetreuung muss derzeit noch die weitere Entwicklung abgewartet werden, wobei es sowohl im Sachmittelbudget als auch bei den Betriebskostenförderungen nach aktueller Einschätzung auch noch zu deutlichen Mehrbedarfen kommen könnte.

Der Bereich Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung prognostiziert insgesamt eine Verschlechterung von 2,0 Mio. Euro.

Aufgrund der noch nicht realisierten Erhöhung der Tagespflegesätze sowie aus der zum 01.01.2009 durchgeführten Platzzahlreduzierung in den Leistungsangeboten des SGB VIII wird mit Wenigererträgen in Höhe von 1,2 Mio. Euro gerechnet.

Gleichzeitig zeichnen sich Mehraufwendungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro aufgrund überdurchschnittlich hoher Auslastung bei der Familiären Bereitschaftsbetreuung sowie bei den Erziehungsstellen ab.

Verschlechterung: rd. 13,7 Mio. Euro

Bauaufsicht

Nach aktueller Prognose werden die Erträge aus den Verwaltungsgebühren mindestens 0,8 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Die genaue Höhe der Abweichung kann noch nicht beziffert werden.

Verschlechterung: rd. 0,8 Mio. Euro

Straßen und Verkehrstechnik

im Bereich der Straßenunterhaltung ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro, die unter anderem durch den zügigen Abbau der größten Schäden des vergangenen Winters und durch die zügige Umsetzung des Straßenunterhaltungsprogramms entstanden.

Mehraufwendungen: rd. 3,0 Mio. Euro

Zentrale Dienste

Im Bereich Gebäudereinigung/Winterdienst zeichnen sich Mehraufwendungen von rd. 2,5 Mio. Euro gegenüber der Veranschlagung ab.

Mehraufwendungen: rd. 2,5 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Im Museum Ludwig ergeben sich Überschreitungen bei den Betriebskosten um rd. 0,6 Mio. Euro. Diese sind insbesondere auf Mehrbedarfe bei den Energiekosten zurückzuführen.

Mehraufwendungen: rd. 0,6 Mio. Euro

Brücken und Stadtbahnbau

Die Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens im Zusammenhang mit der Generalsanierung der Rheinbrücken, der Ertüchtigung der städtischen Tunnelbauwerke, der Stadtbahnen und für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken werden voraussichtlich mit insgesamt um rd. 5,5 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für die Großprojekte „Sanierung Rheinbrücken“ und „Tunnelertüchtigung“ und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahmen, sowie den zwischenzeitlich aufgetretenen Verzögerungen bei den Bauausführungen.

Verbesserung: rd. 5,5 Mio. Euro

Gesundheitsamt

Bei den Erträgen aus Verwaltungsgebühren ist mit Ausfällen von rd. 0,7 Mio. Euro zu rechnen. Zum einen wurden bei der Planung Erträge berücksichtigt, die sich aus der Zusetzung zusätzlicher Stellen ergeben, deren Refinanzierung über Gebühren erfolgt. Entgegen der Planung wurde jedoch nur ein Teil dieser Stellen besetzt, so dass die Erträge geringer ausfallen. Die erforderliche Anpassung der Aufwendungen für diese Stellen wurde bei der Planung bereits berücksichtigt. Zum anderen ist durch Vakanzen und krankheitsbedingte Ausfälle mit weiteren Wenigererträgen zu rechnen.

Wenigererträge: rd. 0,7 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Aufgrund von Projektverzögerungen beim Programm Mülheim 2020 liegen die Aufwendungen rd. 3,2 Mio. Euro unter der Planung. Daneben werden 5,2 Mio. Euro Zuschüsse an Dritte für Mülheim 2020 ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen nicht abfließen. Erträge aus Zuweisungen von Bund, Land und EU werden voraussichtlich um 3,4 Mio. Euro – ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen – hinter der Veranschlagung zurückbleiben. Im Hpl.-Entwurf 2012 sind jeweils erneute Veranschlagungen vorgesehen

saldierte Verbesserung: rd. 5,0 Mio.

Statistik und Informationsmanagement

Aufgrund des inzwischen beschlossenen ZensusG 2011 NRW beteiligt sich das Land NRW an den Kosten für die Durchführung des Zensus mit 1,0 Mio. Euro in 2011. Diesen Mehrerträgen stehen Mehraufwendungen von ca. 0,5 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Entschädigung der Erhebungsbeauftragten gegenüber. Da die Höhe der Landeszuweisung bei der Aufstellung des Haushaltes 2010/2011 noch nicht bekannt war, berücksichtigt der Haushalt 2011 keine entsprechenden Erträge.

Verbesserung rd. 0,5 Mio. Euro

Informationsverarbeitung

Bei der Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen wird ein Mehraufwand in Höhe von ca. 1,3 Mio. Euro erwartet.

Mehraufwendungen: rd.1,3 Mio. Euro

Schuldendienst

Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 8,9 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung ist durch das anhaltend niedrige Zinsniveau zu begründen.

Wenigeraufwendungen: ca. 8,9 Mio. Euro

Wohnungsversorgungsbetrieb

Den Wenigeraufwendungen in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro bei den geplanten, aber nicht realisierten Anmietungen von zusätzlichen Wohneinheiten stehen Mehraufwendungen in Höhe von rd. 1,1 Mio. Euro bei den Energiekosten, den sogenannten Trägerkosten sowie bei den sonstigen Aufwendungen für Bewirtschaftung gegenüber.

Wenigeraufwendungen: ca. 0,9 Mio. Euro

Ordnungs- und Verkehrsdienst

Bei den Verwarn- und Bußgeldern zeichnet sich eine Verbesserung von rd. 1,3 Mio. Euro ab.

Mehrerträge: rd. 1,3 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Der Betriebskostenzuschuss Straßenreinigung an die AWB wird voraussichtlich um rd. 3,5 Mio. Euro höher ausfallen als geplant.

Die Stadtwerke Köln GmbH haben aufgrund ihres positiven Geschäftsergebnisses die Gewinnabführung an den Haushalt um 8,0 Mio. Euro erhöht. Demgegenüber stehen geringere Erstattungen des Finanzamtes in Höhe von rd. 24,8 Mio. Euro, die voraussichtlich erst in 2012 vereinnahmt werden können.

Bei den Kölner Sportstätten GmbH zeichnet sich eine Verbesserung gegenüber der Haushaltsplanung rd. 1,4 Mio. Euro ab.

Verschlechterung: ca. 18,9 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

*in Mio. Euro**Verbesserung (+) /
Verschlechterung (-)*

Gewerbesteuerumlagen	+ 3,2
Grundsteuer	- 0,9
Kompensation	+ 0,6
Schlüsselzuweisungen	+ 54,2
Landschaftsumlage	- 28,0
Personalaufwand	- 19,0
Sozialbereich	+ 9,0
Schule und Bildung	- 17,3
Kinder und Jugend	- 13,7
Bauaufsicht	- 0,8
Straßen und Verkehrstechnik	- 3,0
Zentrale Dienste	- 2,5
Kultur und Wissenschaft	- 0,6
Brücken und Stadtbahnbau	+ 5,5
Gesundheitsamt	- 0,7
Stadtentwicklung	+ 5,0
Statistik und Informationsmanagement	+ 0,5

Informationsverarbeitung	- 1,3
Schuldendienst	+ 8,9
Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung	+ 0,3
Wohnungsversorgungsbetrieb	+ 0,9
Ordnungs- und Verkehrsdienst	+ 1,3
Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	- 18,9
Gesamtveränderung aufgrund aktueller Meldungen:	- 17,3

Ob sich aus den o. a. Veränderungen auch Anpassungen für die Jahre 2012ff ergeben, wird derzeit noch geprüft.

Um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten, musste die von der Stadtkämmerin angeordnete Verfügungsbeschränkung zum 01.10.2011 aufgehoben werden. Die Verpflichtung zur sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung gilt selbstverständlich weiter und wird stichprobenartig überprüft.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich in den meisten Fällen somit nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Investitionspauschale

Auf Basis des zwischenzeitlich vorliegenden Bewilligungsbescheides ergeben sich gegenüber der veranschlagten Investitionspauschale Mehreinzahlungen von rd. 6,0 Mio. Euro. Mehrerträge wurden teilweise zur Deckung von Mehraufwendungen herangezogen.

Mehreinzahlung: rd. 6,0 Mio. Euro

Kindertagesbetreuung:

Aufgrund einer zusätzlichen zweckgebundenen Zuweisung für die Intensivförderung im U3-Bereich in Höhe von rd. 6,6 Mio. Euro aus dem U3-Ausbau-Sonderprogramm des Landes ergeben sich in 2011 entsprechende Mehreinzahlungen.

Mehreinzahlung: rd. 6,6 Mio. Euro

Grünflächen – Rheinboulevard

Rheinboulevard:

Bezüglich des aktuellen Sachstandes wird auf die Verhandlungen in der Ratssitzung am 14.07.2011 zu TOP 10.22 verwiesen.

In Folge von Verzögerung in der Planung und Bauausführung werden sich voraussichtlich 4,5 Mio. Euro Wenigerauszahlungen ergeben, die im Folgejahr durch Ermächtigungsübertragung zusätzlich bereitgestellt werden müssen.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 4,5 Mio. Euro

RegioGrün:

Der Rat hat am 20.05.2010 den Bau der Einzelmaßnahmen Landschaftspark Belvedere, Strunder Bach und Lindenthaler Kanäle des Gesamtprojektes „Regionale 2010-RegioGrün“ mit Gesamtkosten von 5.088.900,- Euro beschlossen. Für den Baubeginn sind Mittel in Höhe von insgesamt 3.531.400 Euro freigegeben worden.

Für das Teilprojekt „Portal Gut Leidenhausen“ liegt nun ebenfalls die Gesamtkostengenehmigung i. H. v. 2.362.540,- Euro vor, ferner die Freigabe einer Zahlungsermächtigung i. H. v. 971.439,- Euro sowie einer Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 1.231.101,- Euro durch Beschluss des Hauptausschusses am 08.08.2011.

Die Förderbescheide für die beteiligten Projekte, die Ausschreibungsergebnisse und die Auftragsvergaben liegen nun größtenteils vor, so dass die baulichen Tätigkeiten im letzten Quartal 2011 einen höheren Mittelabfluss erzeugen werden. Dennoch werden sich Ende des Jahres aufgrund der langwierigen Beschluss-, Prüf- und Förderverfahren erhebliche Restebildungen ergeben. Insgesamt zeichnen sich Wenigerauszahlungen von rd. 6,2 Mio. Euro ab, die ins Folgejahr übertragen werden müssen.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 6,2 Mio. Euro

Informationsverarbeitung

Aufgrund des Umbaus des Rechenzentrums Chorweiler werden Mehrauszahlungen in Höhe von insgesamt rd. 1,0 Mio. Euro erwartet.

Mehrauszahlung rd. 1,0 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich einige Maßnahmen zumindest teilweise ins nächste Haushaltsjahr verschieben:

- Beim Projekt „Einbau der Aufzüge am Bahnhof Deutz/Messe“ wird mit Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 2,9 Mio. Euro gerechnet
- Bei der Maßnahme „Innenstadt [südl. Erw.] Sanierung/Erneuerung wird mit einer Wenigerauszahlung in Höhe von rd. 1,1 Mio. Euro gerechnet
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,3 Mio. Euro werden im Projekt „Eigelstein – Stadtsanierung/-erneuerg.“ erwartet
- Bei der Tiefbaumaßnahme „Bocklemünd/Mengenich – Sanierung/Erneuerung“ werden Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,9 Mio. Euro erwartet
- Bei der Maßnahme „Lindweiler – Stadtsanierung /-erneuerung“ ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro ergeben sich im Projekt „Porz-Finkenbergr – Stadtsanierung/-erneuerung“
- Beim Projekt „Grünzug Mülheim-Charlier“ wird mit einer Wenigerauszahlung in Höhe von 0,5 Mio. Euro gerechnet
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro werden bei der Maßnahme „Mülheim 2020: Vereinsheim für esports“ erwartet
- Beim Projekt „Mülheim 2020: Flaniermeile Frankfurter Straße“ ist mit Wenigerauszahlungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro zu rechnen

- Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro werden bei der Maßnahme „Mülheim 2020: Gestaltung Waldecker Straße“ erwartet.

Die in 2011 nicht benötigten Haushaltsmittel müssen zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der Maßnahmen ins Hj. 2012 übertragen werden.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 10,6 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung

Von den bereitgestellten Mitteln für das Projekt „Rheinpark-Café“ werden aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung in 2011 rd. 1,8 Mio. Euro nicht zur Auszahlung kommen. Ebenfalls werden von den für die Hochbaumaßnahmen Win-Win bereitgestellten Mitteln rd. 1,8 Mio. Euro in 2011 nicht abfließen. Es ergibt sich eine Verschiebung in die Folgejahre

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 3,6 Mio. Euro

Verkehrsflächen und –anlagen, Radwegebau

Auf der Grundlage der aktuellen Ausgabenstände ist davon auszugehen, dass bei den einzelnen Maßnahmen teilweise erhebliche Differenzen zur Haushaltsermächtigung auftreten werden. Da die Einzahlungen abhängig vom jeweiligen Auszahlungsstand sind, ist zu erwarten, dass auch hier entsprechende Veränderungen auftreten. Konkrete Aussagen über die Entwicklung der Einzahlungen können aufgrund der vom Zuschussgeber vorgeschriebenen Verfahren frühestens Ende Oktober getroffen werden. Aus heutiger Sicht werden Abweichungen über 500.000 Euro bei folgenden Maßnahmen auftreten:

- Generalsanierung Radwege: aufgrund von langwierigen Beschluss- und Vergabeverfahren sowie Verzögerungen bei der Bauvorbereitung werden die Mittel in 2011 zwar gebunden, jedoch nicht in voller Höhe abfließen. Es ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von ca. 1 Mio. Euro
- Schaltgeräte für Lichtsignalanlagen: vorauss. Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro
- Regionale 2010 – mobil im Rheinland: es werden Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro erwartet
- Güterverkehrszentrum Eifeltor: die Arbeiten für die Errichtung der Lärmschutzwand wurden noch nicht aufgenommen, daher ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro
- Regionale 2010 - Ottoplatz: aufgrund des erhöhten Abstimmungsaufwandes mit dem Zuschussgeber verzögert sich das Vergabeverfahren, hierdurch Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro
- Markgrafenstraße: aufgrund des Projektumfanges verschiebt sich der Mittelabfluss teilweise nach 2012. In 2011 werden die Auszahlungen rd. 1,5 Mio. Euro unter der Ermächtigung liegen. Hiervon wurden bereits 700.000 Euro innerhalb des Teilplans 1201 umgeschichtet
- Generalinstandsetzung von Straßen: aufgrund noch ausstehender Bau- und Finanzierungsbeschlüsse verschiebt sich die Abwicklung einzelner Maßnahmen nach 2012. Hierdurch ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro
- Lützerathstr. - (Rösrather Str. – Mausepfad): aufgrund des Projektumfanges und dem damit verbundenen Vorbereitungsaufwand verschiebt sich der Mittelabfluss größtenteils nach 2012. Es werden Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro erwartet
- Militärringstraße/Dürner Str.: die Maßnahme wird konsumtiv finanziert, so dass rd. 0,7 Mio. Euro nicht abfließen werden
- Parkraumbewirtschaftung: die Einführung weiterer Bewohnerparkgebiete erfolgt sukzessive nach Vorliegen der entsprechenden Beschlüsse. Derzeit zeichnen sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro ab

- Busbahnhof Köln Porz-Wahn: aufgrund umfangreicher Abstimmungen mit den verschiedenen Beteiligten sowie dem Zuschussgeber verzögert sich die Ausführung nach 2012. Hierdurch ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro.

Die in 2011 aufgrund Verzögerungen nicht abfließenden Mittel müssen nach 2012 übertragen werden.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 13,3 Mio. Euro

Liegenschaften und Kataster

Insbesondere im Bereich des Grunderwerbsetats lassen sich aufgrund der Größenordnung der Planzahlen Abweichungen noch nicht zuverlässig prognostizieren.

derzeit noch nicht bezifferbar

Brücken und Stadtbahnbau

Bei mehreren Maßnahmen im Brückenbau wird es zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Aus-/Einzahlungen nur teilweise noch in 2011 kassenwirksam werden.

Abweichungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen:

- Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke (Wenigerauszahlungen ca. 2,0 Mio. Euro/ Wenigererträge rd. 0,9 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Fluchttunnel Grenzstraße (Wenigerauszahlungen ca. 1,3 Mio. Euro / Wenigereinzahlung 0,7 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Grunderneuerung Mülheimer Brücke (Wenigerauszahlungen ca. 0,7 Mio. Euro) Verschiebung nach 2012
- Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Aufzügen - (Wenigerauszahlungen ca. 2,0 Mio. Euro / Wenigereinzahlung 1,2 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Stadtbahn Rhein-Sieg: Bauabschnitt Mülheim/Wiener Platz Mehreinzahlungen in Höhe von ca. 6,2 Mio. Euro

jahresbezogene saldierte Verbesserung rd. 9,4 Mio. Euro

gez. Klug